



Fraktionen CDU, ALW-GRÜNE und FDP Weiterstadt - Riedbahnstr. 6 - 64331 Weiterstadt

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Sebastian Sehlbach

Riedbahnstraße 6

64331 Weiterstadt

Weiterstadt, den 7. September 2026

Übergang des „Pakts für den Ganztag“ von der Stadt Weiterstadt auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie hiermit, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 17. September 2026 zu setzen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, Gespräche und Verhandlungen mit der Betreuung DaDi gmbH über die Kündigung des Vertrages zur Durchführung des „Pakts für den Ganztag“ als Träger an der Astrid-Lindgren-Schule in Braunshardt, der Carl-Ulrich-Schule in Weiterstadt und der Wilhelm-Busch-Schule in Schneppenhausen aufzunehmen. Ein möglicher Übergang könnte zum Schuljahresbeginn 2027/28 oder 2028/29 erfolgen.
2. Im Vorfeld der finalen Entscheidung über die Vertragskündigung durch die Stadt Weiterstadt sind folgende Fragen bzw. Sachverhalte der Stadtverordnetenversammlung über den HFSK-Ausschuss zu beantworten bzw. zu erklären:
 - a) Wie viele Personalstellen und Personen sind im „Pakt für den Ganztag“ direkt in der Betreuung der Schülerinnen und Schüler an den drei Grundschulen tätig?
 - b) Wie viele Personalstellen und Personen sind für den „Pakt für den Ganztag“ im administrativen Bereich (vor allem Verwaltung) tätig?
 - c) Worin unterscheidet sich der „Pakt für den Ganztag“ in Weiterstadt zu den anderen 22 Angeboten im Landkreis (personell, organisatorisch, konzeptionell oder im Personalschlüssel)?
 - d) Wie hoch sind die städtischen Kosten für den „Pakt für den Ganztag“ bis 14:30 Uhr, bis 15:30 Uhr und bis 17:00 Uhr? Auf welche Summe der Elternbeiträge im Betreuungsmodell bis 14:30 Uhr verzichtet die Stadt Weiterstadt?
 - e) Welche Kostensteigerungen sind für den „Pakt für den Ganztag“ im aktuellen und im kommenden Schuljahr zu erwarten, insbesondere bei Personal- und Sachkosten?

- f) Müsste zusätzliches (und wenn ja, wie viel zusätzliches) Personal in der Stadtverwaltung eingestellt werden, wenn zukünftig die Stadt als Träger Elternbeiträge einführen und abrechnen würde?
3. Parallel wird der Magistrat beauftragt, bereits zeitnah mit den drei betroffenen Schulleitungen und dem dort eingesetzten Personal sowie der Betreuung DaDi gGmbH Gespräche über den Übergang der Trägerschaft zu führen. Dabei sollten sowohl ein möglicher Betriebsübergang, die weitere Bereitstellung des Personals durch die Stadt Weiterstadt oder auch eine Ausgleichszahlung aufgrund des höher eingruppierten Personals geprüft werden.
 4. Außerdem soll ein Modell für Härtefallregelungen seitens der Stadt Weiterstadt erarbeitet werden, falls zukünftig nach dem Übergang zum Landkreis Elternbeiträge eingeführt werden sollten und sich Eltern die Teilnahme am „Pakt für den Ganztag“ nicht mehr leisten können.
 5. Die Ferienbetreuung bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 an allen Weiterstädter Schulen soll mindestens im bereits bestehenden Umfang durch die Stadt Weiterstadt fortgeführt werden.

Begründung:

Die Diskussion über die Schulkindbetreuung (früher „Pakt für den Nachmittag“, heute „Pakt für den Ganztag“) und die Trägerschaft beschäftigen die politische Landschaft in Weiterstadt bereits seit mehreren Jahren. Für die Schulkindbetreuung ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg als Schulträger zuständig. Die organisatorische und pädagogische Umsetzung des „Pakts für den Ganztag“ obliegt den jeweiligen Schulleitungen und nicht der Stadt Weiterstadt.

Seitens der Stadtverwaltung und des ehemaligen Bürgermeisters wurde immer der Start des „Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder“ als mögliches Übergangsdatum genannt. Der Rechtsanspruch besteht für die ersten Klassen seit Beginn dieses Schuljahres 2026/27 und erweitert sich in den nächsten drei Jahren bis zur vierten Klasse.

Es geht bei diesem Antrag nur um den „Pakt für den Ganztag“ an den drei Grundschulen Astrid-Lindgren-Schule in Braunshardt, Carl-Ulrich-Schule in Weiterstadt und Wilhelm-Busch-Schule in Schneppenhausen. An den anderen Schulen in Weiterstadt (Schlossschule, Anna-Freud-Schule, Albrecht-Dürer-Schule oder Hessenwaldschule) ändert sich diesbezüglich aufgrund deren Schulprofilen nichts.

Der Landkreis übernimmt derzeit selbst an 32 Schulen durch seine Betreuung DaDi gGmbH die Trägerschaft und an den anderen Schulen übernehmen anerkannte Träger der Jugendhilfe nach Ausschreibungen. Wir wollen daher auch in Weiterstadt zukünftig von der Expertise der Betreuung DaDi gGmbH oder der freien Träger profitieren.

Auch müssen wir den Übergang des Personals abfedern bzw. begleiten, denn auch ein neuer Träger wird vor der Aufgabe der Bewältigung des Fachkräftemangels stehen. Zudem könnten die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Schulleitung mit ihren bisherigen, vertrauten Ansprechpartnern weiterarbeiten. Wir können uns auch vorstellen, dass die Stadt Weiterstadt

dem zukünftigen Träger das Personal zur Verfügung stellt oder eine Ausgleichzahlung aufgrund der Höhergruppierungen zahlt.

Zudem werden wir prüfen, ob Härtefallregelungen für Familien zukünftig möglich sind, falls sich die Eltern die Teilnahme der Kinder am „Pakt für den Ganzttag“ aufgrund möglicher Elternbeiträge nicht mehr leisten können.

Schließlich greifen wir auch berechtigte Anregungen, Fragen und Kritikpunkte aus einer gemeinsamen Sitzung mit dem Fachforum des Bildungsbeirates z. B. bezüglich der Ferienbetreuung, der durch den Trägerwechsel eingesparten Kosten und Personalstellen oder einer einfachen Einführung von Elternbeiträgen bei der Beibehaltung der bisherigen Trägerschaft auf. Zudem stehen wir vor der finalen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung dem Fachforum für eine Folgediskussion gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Dürr MdL
Fraktionsvorsitzende
CDU

Dr. Barbara Pohl
Fraktionsvorsitzende
ALW-GRÜNE

Sascha Groß
Fraktionsvorsitzender
FDP